

Die Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg

Teil 1: Struktur der Dienstleistungseinrichtungen und deren Veränderung

Untersuchungsziel und Methode

In den letzten Jahren ist der Dienstleistungssektor für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung des Landes von immer größerer Bedeutung geworden. Da die statistische Analyse dieser Entwicklung bisher nicht ausreichend ausgebaut war, hat sich das Statistische Landesamt entschlossen, im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium eine Untersuchung über den Dienstleistungssektor durchzuführen. Es ist geplant, die gesamten Ergebnisse einschließlich einer ausführlicheren Darlegung der damit verbundenen methodischen Probleme der Begriffsdefinition sowie der Systematisierung der Ergebnisse in den Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde zu veröffentlichen.

An dieser Stelle sollen in Form von zwei aufeinanderfolgenden Beiträgen die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung dargelegt werden¹. Aus Platzgründen muß daher auf eine theoretische Einführung in die Problematik des Dienstleistungsbegriffs und der Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs verzichtet werden. Während sich der erste Beitrag vor allem mit der Struktur des Dienstleistungsbereichs und den nachweisbaren Veränderungen beschäftigt, soll in dem zweiten Teil die regionale Verteilung der Dienstleistungstätigkeit im Vergleich der neugebildeten Kreise und Regionalverbände in Baden-Württemberg untersucht werden.

Die Bedeutung einer Strukturdarstellung der dienstleistenden Institutionen im Land besteht darin, über den Istvergleich zu planerischen Ansätzen für gezielte politische Maßnahmen zu kommen. Es kann auch daran gedacht werden, aus derartigen Strukturen sogenannte Regionalmodelle abzuleiten. Dies setzt natürlich eine genaue Prüfung voraus, inwieweit die empirisch ermittelten durchschnittlichen Strukturen grundsätzlich als gegeben und gesellschafts- sowie wirtschaftspolitisch als erstrebenswert anzusehen sind. Erst dann lassen sich Zielmodelle formulieren.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Nachweis des Versorgungsgrades der Bevölkerung mit Dienstleistungen unterschiedlicher Art, deren Zwecksetzung in einer funktionsbezogenen Gliederung nachgewiesen werden soll. Diese Gliederung auf der vom Datenmaterial her gegebenen Basis der Grundsystematik der Wirtschaftszweige², die auch für den Nachweis regionaler Ergebnisse angewandt wird, ist natürlich begrenzt durch das statistische Ausgangsmaterial und den Aufwand der statistischen Sonderaufbereitungen.

Die Untersuchung eines Teilgebiets der Wirtschaft setzt voraus, daß der Untersuchungsbereich zunächst einmal abgegrenzt wird, und zwar mit Hilfe systematischer Begriffe, die von ihrer Substanz her eine Gruppierung des Datenmaterials im Sinne des Untersuchungszieles ermöglichen.

In der vorliegenden Untersuchung wird der Dienstleistungsbereich mit Hilfe der Grundsystematik der Wirtschaftszweige definiert als die Summe der Einheiten, die den Wirtschaftsabteilungen 4 bis 9 zugeordnet werden können³. Die Definition schließt also den Verteilungsbereich, d. h. den Handel⁴, den stark differenzierten privaten Dienstleistungsbereich und den

öffentlichen Dienstleistungsbereich, das sind Organisationen ohne Erwerbscharakter und Gebietskörperschaften, in die Betrachtung ein. Da die öffentliche Hand nicht nur im Rahmen ihrer Verwaltungsressorts, sondern auch über eine große Anzahl von speziellen Anstalten und Einrichtungen dienstleistend tätig wird, wurden in dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial die Dienstleistungseinrichtungen auch nach ihrem wirtschaftlichen Träger ausgegliedert.

Diese Datengliederung ist im wesentlichen auf folgende Fragestellungen abgestellt:

1. Wo liegen die Schwerpunkte der Dienstleistungstätigkeit in Baden-Württemberg gemessen am Einsatz der Arbeitskräfte?
2. Haben sich die Schwerpunkte in den vergangenen 10 Jahren verschoben?
3. Wo liegen spezifische Tätigkeitsgebiete weiblicher Arbeitskräfte, ausländischer Beschäftigter und Teilbeschäftigter?
4. Inwieweit ist die öffentliche Hand direkt und indirekt (als wirtschaftlicher Träger von Einrichtungen) am Angebot von Dienstleistungen beteiligt?

Als das uns am geeignetsten erscheinende Ausgangsmaterial wurden daher die nach einheitlichem Aufbereitungsprogramm für alle Bundesländer zur Verfügung stehenden Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 ausgewählt.

Dies bedeutet, daß die Struktur der Dienstleistungseinrichtungen und deren Veränderung im wesentlichen nur an der Zahl der Beschäftigten gemessen wird. Die vorliegende Untersuchung des gesamten Dienstleistungssektors sollte daher später durch weitergehende Analysen einzelner Teilbereiche, z. B. Fremdenverkehr, Öffentlicher Dienst, ergänzt werden.

Um dem bereits skizzierten Untersuchungsziel gerecht zu werden, mußte das Material teilweise manuell (Landesergebnisse) und teilweise maschinell (Regionalergebnisse) neu aufbereitet werden. Einmal mußten die entsprechend der Grundsystematik der Wirtschaftszweige, teilweise zerstreut bei unterschiedlichen Trägern nachgewiesenen Dienstleistungseinrichtungen, nach funktionalen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden und zum andern war eine fachlich stark differenzierte maschinelle Neuaufbereitung des Materials erforderlich, um zu entsprechenden Gruppierungen, auch auf der Ebene der ab 1. Januar 1973 in Baden-Württemberg gültigen Kreise, Regionalverbände und Regierungsbezirke zu kommen.

Steigender Anteil der Dienstleistungen

Ein langfristiger Vergleich der Wirtschaftsbereiche im Zeitablauf stößt auf einige Schwierigkeiten in der Vergleichbarkeit des Materials der zur Verfügung stehenden großen Betriebs- und Arbeitsstättenzählungen, da die Veränderung der Systematik der Zählung 1939 zur Zählung 1950 und auch von 1950 zu 1961 einen detaillierten Vergleich von Wirtschaftszweigen nahezu unmöglich macht.

Die methodisch mögliche Zusammenfassung zu großen Wirtschaftsbereichen – dies ist zur Darlegung der Grundtendenz durchaus ausreichend – ergibt jedoch ein klares Bild der in vollem Gang befindlichen Strukturverschiebung. Die Gegenüberstellung der Strukturanteile des Produzierenden Gewerbes einerseits zum Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen einschließlich der Verteilungswirtschaft andererseits zeigt die Zunahme des Gewichts der Dienstleistungen, das sich mit Sicherheit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch verstärken wird. Der Anteil der Beschäftigten im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich zusam-

¹ Im zweiten Teil der Untersuchung, der in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift veröffentlicht wird, sollen die regionalen Unterschiede im Dienstleistungsbereich dargestellt werden.

² Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970.

³ Die Wirtschaftsabteilungen gliedern sich wie folgt: 4 Handel, 5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung, 6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, 7 Dienstleistungen soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, 8 Organisationen ohne Erwerbscharakter, 9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁴ Vgl. hierzu auch den Beitrag über die regionale Struktur des Binnenhandels in diesem Heft.

Tabelle 1

Beschäftigtenstruktur der Wirtschaftsbereiche und Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftsbereiche	Beschäftigte				Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt		
	1939 ¹⁾	1950	1961	1970	1950	1961	1970 ²⁾
	1 000				Mill. DM		
Produzierendes Gewerbe	1 320,0	1 438,4	2 166,2	2 317,8	6 869	28 635	62 522
Verteilungsbereich, private und öffentliche Dienstleistungen ¹⁾³⁾	590,6 (690,6)	816,3	1 281,0	1 574,5	4 462	15 433	33 987
Nichtlandwirtschaftlicher Bereich insgesamt	1 910,6 (2 010,6)	2 254,7	3 447,2	3 892,3	11 331	44 068	96 509
	Strukturannteil in %						
Produzierendes Gewerbe	69,1 (65,6)	63,8	62,8	59,5	60,6	65,0	64,8
Verteilungsbereich, private und öffentliche Dienstleistungen	30,9 (34,3)	36,2	37,2	40,5	39,4	35,0	35,2
Nichtlandwirtschaftlicher Bereich insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ 1939 ohne öffentliche Verwaltung; in Klammern geschätzt einschließlich öffentlicher Verwaltung. – ²⁾ Einschließlich Vorsteuer auf Investitionen; vorläufige Ergebnisse. – ³⁾ Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen; aus Vergleichsbarkeitsgründen ohne Land- und Forstwirtschaft, ohne private Haushalte und ohne Wohnungsvermietung.

mengenommen an der Gesamtzahl der nichtlandwirtschaftlich tätigen Personen ist im Vergleich der Erhebungsjahre seit 1939 bis 1970 kontinuierlich angestiegen. Dagegen hat der Anteil des Produzierenden Gewerbes abgenommen.

Schätzt man für das Jahr 1939 die öffentliche Verwaltung etwa in dem Umfang von 1950 hinzu, kommt man zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Dienstleistungen in der bereits genannten Bereichsabgrenzung von etwa 33 bis 34% im Jahr 1939 auf 40,5% im Jahr 1970 angestiegen ist. Das Gewicht des Dienstleistungsbereichs hat sich also in diesem Zeitraum um annähernd ein Fünftel verstärkt. Das Gewicht des Produzierenden Gewerbes dagegen ist um etwas mehr als 9% zurückgegangen. Beachtet werden muß dabei allerdings die Entwicklung von 1961 zu 1970, bei der eine deutliche Beschleunigung dieser tendenziellen Veränderung eingetreten zu sein scheint. Dieser Zeitabschnitt wird in den folgenden Kapiteln auch genauer untersucht. Der Anteil der Dienstleistungen erhöhte sich von 37,2% auf 40,5%, also um mehr als drei Prozentpunkte.

Zu dieser generellen Aussage einer „steigenden Bedeutung der Dienstleistungen“ müssen jedoch einige Einschränkungen gemacht werden. Erstens wird als Maßstab zum Nachweis der Bedeutung der Wirtschaftsbereiche die Zahl der Beschäftigten verwendet und zweitens beruht das Zahlenmaterial auf Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen, bei denen das Prinzip der schwerpunktmäßigen Zuordnung von Betrieben bzw. Arbeitsstätten angewandt worden ist. Ersteres hat zur Folge, daß die in den Wirtschaftsbereichen zum Tragen kommende unterschiedliche Arbeitsproduktivität unberücksichtigt bleibt. Die bedeutend niedrigere Arbeitsproduktivität im Bereich der Dienstleistungen hat nicht zuletzt auch zu einem kräftigen Anstieg der Preise in den vergangenen Jahrzehnten beigetragen. Die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität sind bei den Dienstleistungen enger begrenzt als im Produzierenden Gewerbe, wo der Einsatz neuer Fertigungsmethoden und arbeitskräftesparender Maschinen zu einer Verringerung des Kostenfaktors „menschliche Arbeitskraft“ geführt hat. Hierzu einige Zahlen: der Umsatz je Beschäftigten in der baden-württembergischen Industrie ist nach annähernder Ausschaltung der Preissteigerungen von 1962 bis 1970 um etwa 52% gestiegen, der des Einzelhandels im vergleichbaren Zeitraum etwa um 45%. Dagegen hat der reale Umsatz je Beschäftigten im Gastgewerbe annähernd stagniert.

Die unterschiedlich hohe Produktivität der einzelnen Wirtschaftszweige schlägt sich auch nieder im Beitrag der in Frage kommenden Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt. Der Vergleich der Anteile 1950, 1961 und 1970 zeigt daher nicht die deutliche Tendenz wie die Beschäftigtenzahlen. Preisbereinigte Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, die auf Grund der zu erwartenden Ungenauigkeit der Preisindizes über einen derart langen Zeitraum nicht zu exakteren Informationen füh-

ren können, würden wahrscheinlich jedoch der für die Beschäftigtendarstellung geltenden Tendenz noch weiter entgegenlaufen, da die Preise für Dienstleistungen mit Sicherheit stärker angestiegen sind als für Güter des Produzierenden Gewerbes.

Der Beitrag des Produzierenden Gewerbes in jeweiligen Preisen zum Bruttoinlandsprodukt des gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bereichs (aus Vergleichsgründen nach Ausschaltung der Land- und Forstwirtschaft, der privaten Haushalte und der Wohnungsvermietung) hat sich von 1950 auf 1961 von 60,6% auf 65,0% erhöht und ist 1970 nur leicht auf 64,8% zurückgegangen. Der Verteilungsbereich einschließlich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen hat seinen Anteil von 1961 bis 1970 zwar etwas erhöhen können, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß der Beschäftigtenentwicklung.

Sicherlich nicht unbeteiligt an der relativ geringen Produktivitätszunahme einiger wichtiger Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs ist neben der spezifischen Art der erbrachten Leistung auch die Unternehmens- bzw. Betriebsgröße und deren Einfluß auf die Höhe der Rationalisierungsinvestitionen. In vielen Fällen ist natürlich gerade im Dienstleistungsbereich die Leistungserstellung nicht oder nur in geringem Umfang rationalisierbar (z. B. Rechtsberatung, wirtschaftliche Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung).

Fast im gesamten Bereich der freiberuflichen Beratungen und Vermittlungen sowie bei den Einrichtungen zur Bildung, Weiterbildung und Erziehung und auch zur Unterhaltung und Freizeitgestaltung spielt dieser Umstand eine Rolle. Erheblich größer sind dagegen die Möglichkeiten zur Rationalisierung beim Handel, dem Verkehr oder der Nachrichtenübermittlung, dem Banken- und Versicherungswesen. In begrenztem Umfang können auch Rationalisierungsmöglichkeiten bei den Einrichtungen der medizinischen Versorgung, der Unterbringung und Verpflegung und der allgemeinen Verwaltungstätigkeit des Staates unterstellt werden. Empirisch nachzuweisen ist dies zur Zeit allerdings nicht, da fundierte fachlich differenzierte Produktivitätswerte im Bereich der Dienstleistungen nicht vorhanden sind.

Die Größenklassenstruktur des Dienstleistungsbereichs zeigt erwartungsgemäß andere Schwerpunkte als das Produzierende Gewerbe. Während im Bereich des Produzierenden Gewerbes etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten in Arbeitsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten arbeiten, sind dies im gesamten Bereich der privaten Dienstleistungen 7,7%, im Handel sogar nur 5,2% und bei den Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen nur 2,2%. Ein hoher Anteil der Beschäftigten, nämlich 40,1%, ist nach dem Stand der Arbeitsstättenzählung 1970 im Handel immer noch in den Arbeitsstätten mit 2 bis 4 und 5 bis 9 Beschäftigten zu finden. Der Vergleich der Größenklassenstruktur 1970 gegenüber

Tabelle 2
Größenklassenstruktur der Wirtschaftsbereiche

Wirtschaftsbereich	Beschäftigte insgesamt	Davon Anteil in Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten								
		1	2-4	5-9	10-19	20-49	50-99	100-499	500-999	1000 und mehr
	Zahl	%								
0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	1961 1970	6 866 17 972	14,0 5,2	29,2 34,0	18,8 26,0	15,9 16,5	14,7 9,4	7,4 7,2	- 1,7	- -
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung	1961 1970	29 197 31 022	0,9 0,6	3,0 2,9	3,9 3,8	5,8 4,7	10,9 11,6	10,4 12,9	41,2 35,8	8,4 12,1
2 Verarbeitendes Gewerbe	1961 1970	1 812 301 1 946 763	1,9 1,0	5,3 4,2	4,8 4,6	5,0 4,8	9,2 9,0	9,8 9,1	27,9 27,8	11,2 12,7
3 Baugewerbe	1961 1970	317 833 322 092	1,9 1,5	10,3 10,0	15,3 15,2	15,0 14,2	17,2 16,2	12,9 13,0	23,2 25,3	3,7 3,8
1-3 Produzierendes Gewerbe	1961 1970	2 159 331 2 299 877	1,9 1,1	6,0 5,0	6,4 6,1	6,4 6,1	10,4 10,0	10,2 9,7	27,4 27,6	10,1 11,4
4 Handel	1961 1970	437 512 495 796	10,0 5,8	27,3 23,9	16,5 16,2	11,9 12,9	12,4 14,3	7,4 8,7	10,5 13,0	3,1 4,1
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1961 1970	189 263 183 827	3,3 2,7	10,6 9,6	7,6 8,0	7,6 8,6	13,3 14,0	11,4 11,2	24,2 27,3	13,6 14,7
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1961 1970	67 047 99 625	6,9 5,5	8,5 11,0	7,3 7,6	8,4 8,2	15,0 14,0	13,7 13,2	18,9 21,3	10,7 7,6
7 Dienstleistungen ¹⁾	1961 1970	279 806 345 786	10,2 6,0	38,0 34,4	21,5 23,2	10,8 11,8	8,0 9,1	4,5 5,2	6,4 8,1	0,2 1,8
4-7 Private Dienstleistungen	1961 1970	973 628 1 125 034	8,5 5,3	25,9 23,7	15,5 16,2	10,5 11,5	11,5 12,6	7,8 8,4	12,6 14,6	4,8 5,5
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	1961 1970	58 197 72 798	5,7 3,3	21,0 17,8	16,3 16,3	13,1 13,1	16,1 16,6	9,8 11,0	16,4 16,4	1,6 4,0
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1961 1970	249 152 376 674	1,2 0,5	5,5 3,9	8,2 6,8	12,0 11,8	24,0 23,6	16,4 15,2	24,5 26,9	3,6 6,2
8-9 Öffentlicher Bereich	1961 1970	307 349 449 472	2,0 1,0	8,5 6,1	9,7 8,3	12,2 12,0	22,5 22,4	15,1 14,5	23,0 25,2	3,2 5,9
1-9 Insgesamt	1961 1970	3 447 174 3 892 355	3,8 2,3	11,9 10,6	9,3 9,4	8,1 8,4	11,8 12,2	10,0 9,9	22,7 23,4	8,0 9,0

¹⁾ Von Unternehmen und freien Berufen.

1961 zeigt einige interessante Entwicklungen auf, die das Bild des Dienstleistungsbereichs im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere zum Produzierenden Gewerbe, deutlich werden lassen. Beim Produzierenden Gewerbe sind im genannten Zeitraum ausschließlich die Anteile der Beschäftigten in den Größenklassen ab 100 Beschäftigte angestiegen.

Im Handel ist die Bedeutung der Einmannbetriebe und der Betriebe mit 2 bis 4 Beschäftigten merklich geringer geworden. An Gewicht gewonnen haben dagegen die Größenklassen ab 10 Beschäftigten, davon am stärksten die Größenklassen 20 bis 49 und 100 bis 499.

Beim Kredit- und Versicherungsgewerbe zeigt sich eine differenziertere Entwicklung. Einerseits haben sich durch den Ausbau der Filialnetze die Anteile der Größenklassen 2 bis 4 und 5 bis 9 erhöht, andererseits wird jedoch auch hier die Entwicklung zu größeren Einheiten deutlich, die sich vor allem auf die Stufen 100 bis 499 und 1000 und mehr ausgewirkt hat.

Auch im Durchschnitt des sehr heterogen zusammengefaßten Bereichs der Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, der u. a. das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, bestimmte Handwerksgruppen, wie Friseure und Wäschereien, das private Schul- und Unterrichtswesen, die private medizinische Versorgung und das gesamte freiberufliche Beratungs- und Vermittlungswesen einschließt, ist das Gewicht der Kleinst- und Kleinbetriebe bis zu 4 Beschäftigten zurückgegangen, vor allem zu Gunsten der nächsthöheren Größenklassenstufen. Dabei bleibt das Schwergewicht jedoch im unteren Bereich, und zwar bei den Arbeitsstätten mit 2 bis 4 und 5 bis 9 Beschäftigten.

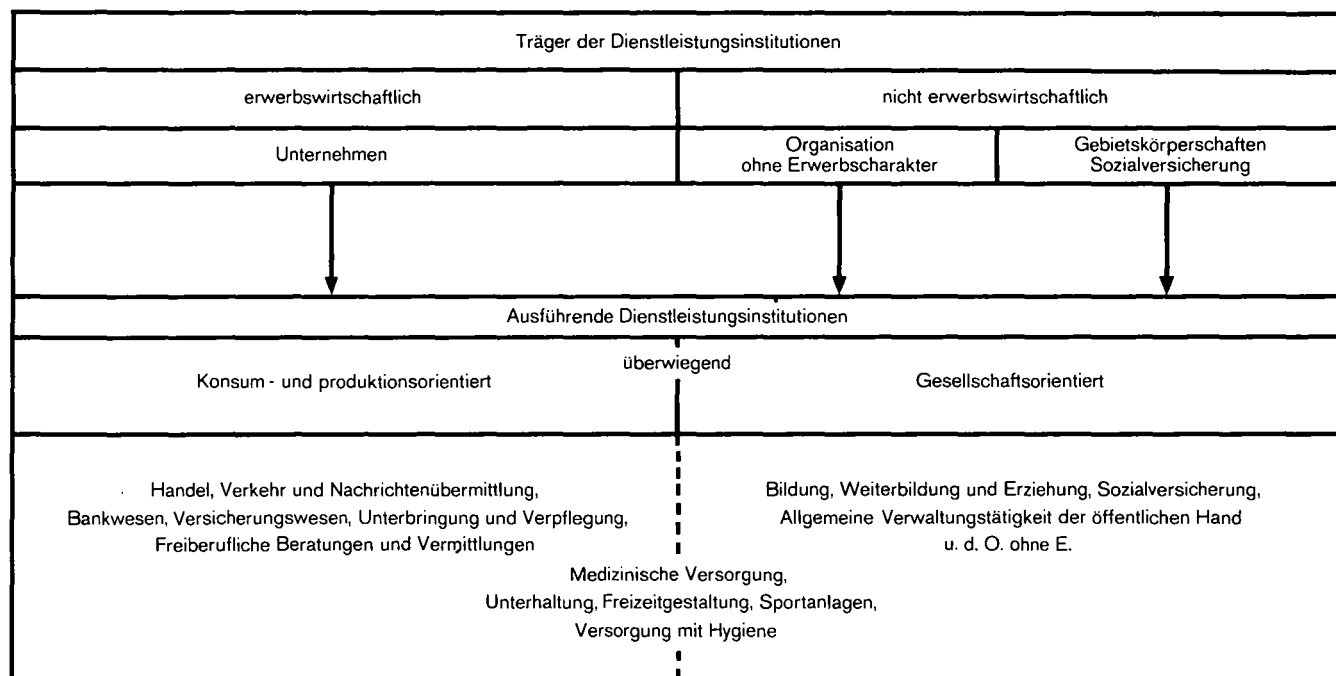
Zieht man die Arbeitsstätten der öffentlichen Verwaltung in die Betrachtung ein, was allerdings nur unter Vorbehalten möglich ist, da es sich bei den Arbeitsstätten in diesem Bereich nicht um wirtschaftende Einheiten mit erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung handelt, so kann auch hier eine Zentralisation, zumindest der räumlichen Unterbringung von Verwaltungsdienststellen, festgestellt werden.

Tabelle 3
Rangfolge der 10 wichtigsten Dienstleistungsgruppen

1961		Rangfolge	1970	
Strukturanteil ¹⁾	Dienstleistungsgruppe		Dienstleistungsgruppe	Strukturanteil ¹⁾
34,2	Handel	1	Handel	31,5
14,8	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2	Allgemeine Verwaltungstätigkeit ²⁾	13,1
12,4	Allgemeine Verwaltungstätigkeit ²⁾	3	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11,7
8,4	Unterbringung und Verpflegung	4	Bildung, Weiterbildung, Erziehung	8,2
6,8	Medizinische Versorgung	5	Unterbringung und Verpflegung	7,8
5,3	Bildung, Weiterbildung, Erziehung	6	Medizinische Versorgung	7,6
4,7	Versorgung mit Hygiene	7	Freiberufliche Beratung und Vermittlung	5,5
4,4	Freiberufliche Beratung und Vermittlung	8	Versorgung mit Hygiene	4,5
3,3	Bankwesen	9	Bankwesen	4,3
3,1	Versicherungswesen	10	Versicherungswesen	3,3

¹⁾ Anteil der Beschäftigten am gesamten Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsabteilungen 4-9 der Grundschematik der Wirtschaftszweige). - ²⁾ der Gebietskörperschaften und der Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Dienstleistungseinrichtungen nach der Wirkungsrichtung (geschätzt)



4473

Schwerpunkte der Dienstleistungsstruktur

Betrachtet man die wichtigsten Dienstleistungsgruppen nach ihrem Anteil der Arbeitskräfte am gesamten Dienstleistungsbereich, dann zeigt sich, daß die Verteilung von Waren über Institutionen des Handels eine ganz besondere Bedeutung (31,5%) hat. An zweiter Stelle steht mit 13,1% bereits die allgemeine Verwaltungstätigkeit des Staates, wobei zunächst die indirekten Tätigkeiten des Staates über Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Bildung, Erziehung und des Sports, der Wissenschaft und Forschung sowie der sonstigen kulturellen Anstalten und Einrichtungen nicht berücksichtigt sind.

Den dritten Platz in der Rangfolge nimmt mit dem beachtlichen Anteil von 11,7% der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung ein, gefolgt von dem zur Zeit in der gesellschaftspolitischen Diskussion im Vordergrund stehenden Bereich Bildung, Weiterbildung und Erziehung. Eine Rangfolge der wichtigsten Dienstleistungsgruppen zeigt *Tabelle 3*.

Versucht man entsprechend *Schaubild 1* als Gliederungskriterium für Dienstleistungseinrichtungen und deren Funktionen das Unterscheidungsmerkmal „überwiegend konsum- und produktionsorientiert“ und „überwiegend gesellschaftsorientiert“ einzuführen, ergibt sich folgendes Bild (*Tabelle 4*).

Die konsum- und produktionsorientierten Dienstleistungsgruppen sind mit einem Anteil von 63% deutlich im Übergewicht. Entscheidend beeinflusst wird dieses Übergewicht von denjenigen Gruppierungen, die mit der Warenproduktion in Form von Verteilung (Handel) und Transport (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Man muß sich dabei allerdings im klaren sein, daß diese Zuordnung zunächst nur in Form einer globalen Abschätzung der Wirkungsrichtung dieser Dienstleistungsgruppen erfolgen kann. Wollte man eine exakte Zuordnung einzelner Gruppierungen zu diesen übergeordneten „Wirkungsbereichen“ empirisch nachweisen, wäre Voraussetzung, daß die von den in Frage kommenden Institutionen erbrachten Dienstleistungen jeweils hinsichtlich einzelner Wirkungsrichtungen analysierbar sind.

Wenn man als überwiegend gesellschaftsorientiert die Gruppierungen Bildung, Weiterbildung und Erziehung, Sozialversicherung und allgemeine Verwaltungstätigkeit der öffentlichen Hand sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter versteht, ergibt sich für diese Zusammenfassung von Dienstleistungsinstitutionen ein Anteil von ca. 22%. Weder der einen noch der anderen Wirkungsrichtung lassen sich unserer Ansicht nach die Gruppierungen medizinische Versorgung,

Tabelle 4
Dienstleistungsgruppen nach der grob geschätzten Wirkungsrichtung

Dienstleistungsgruppen	Anteile in %		Versorgungsgrad auf 1000 der Bevölkerung		
	1961	1970	1961	1970	Veränderung in %
Konsum- und produktionsorientiert					
Bildung, Weiterbildung, Erziehung	67,0	62,9	110,68	111,22	+ 0,5
Handel	34,2	31,5	56,39	55,74	- 1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,8	11,7	24,39	20,67	- 15,3
Bankwesen	3,3	4,3	5,46	7,52	+ 37,7
Versicherungswesen ¹⁾	1,9	2,1	3,18	3,68	+ 15,7
Unterbringung und Verpflegung	8,4	7,8	13,94	13,86	- 0,6
Freiberufliche Beratungen und Vermittlungen	4,4	5,5	7,33	9,76	+ 33,2
Gesellschaftsorientiert					
Bildung, Weiterbildung, Erziehung	18,9	22,5	31,17	39,74	+ 27,5
Erziehung	5,3	8,2	8,67	14,50	+ 67,2
Sozialversicherung	1,2	1,2	1,96	2,08	+ 6,1
Allgemeine Verwaltungstätigkeit ²⁾	12,4	13,1	20,54	23,16	+ 12,8
Nicht zuordenbar					
Medizinische Versorgung	14,1	14,6	22,79	24,73	+ 8,5
Freizeitgestaltung, Publizistik	6,8	7,6	11,25	13,41	+ 19,2
Versorgung mit Hygiene	2,3	1,9	3,79	3,40	- 10,3
Sonstige	4,7	4,5	7,75	7,91	+ 2,1
	0,3	0,6	-	-	-

¹⁾ Ohne Sozialversicherung. – ²⁾ Von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 5
Dienstleistungsstruktur 1970

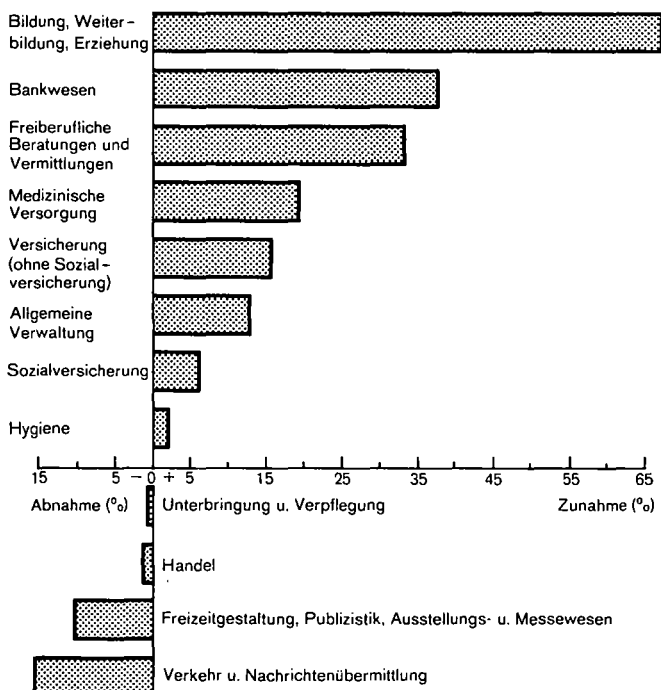
Funktionsbezogene Gliederung der Dienstleistungseinrichtungen	Ar- beits- stätten ins- gesamt	Beschäftigte		Darunter			Träger der Dienstleistungseinrichtung				Versor- ungs- grad auf 1000 der Wohnbe- völ- kerung
		ins- gesamt	in % der Landes- summe ¹⁾	weib- lich	Teil- be- schäf- tigte	Aus- länder	Unter- nehmen	Organi- sat. ohne Erwerbs- charak- ter	Ge- biets- körper- schaf- ten	Sozial- ver- siche- rung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Handel	95 635	495 796	31,49	49,5	15,4	2,4	100,0	-	-	-	55,74
Großhandel	17 113	162 315	10,31	33,9	10,9	3,6	100,0	-	-	-	18,25
Handelsvermittlung	13 930	33 566	2,13	35,5	13,4	1,6	100,0	-	-	-	3,77
Einzelhandel	64 592	299 915	19,05	59,5	18,1	1,8	100,0	-	-	-	33,72
Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	16 518	183 827	11,68	19,7	9,4	4,8	100,0	-	-	-	20,67
darunter											
Deutsche Bundesbahn	1 217	54 581	3,47	5,7	1,7	7,9	100,0	-	-	-	6,14
Deutsche Bundespost	4 735	64 539	4,10	32,4	17,7	2,6	100,0	-	-	-	7,26
Bankwesen	6 973	66 874	4,25	50,2	13,1	0,8	100,0	-	-	-	7,52
darunter											
Deutsche Bundesbank	45	1 387	0,09	38,8	6,0	-	100,0	-	-	-	0,16
Versicherungswesen (einschließlich Sozialversicherung)	6 165	51 217	3,25	42,4	8,4	0,8	63,9	-	-	36,1	5,76
darunter											
Sozialversicherung	772	18 466	1,17	46,0	9,0	0,5	-	-	-	100,0	2,08
Unterbringung und Verpflegung	28 209	123 249	1,83	64,5	15,2	8,9	85,7	10,4	3,7	0,2	13,86
Einrichtungen mit Schwerpunkt											
Unterbringung	7 575	54 276	3,45	70,3	13,2	11,5	68,4	23,3	7,8	0,5	6,10
Hotels und Gasthöfe	3 912	27 740	1,76	59,4	11,3	14,9	100,0	-	-	-	3,12
Campingplätze	69	219	0,01	47,5	32,9	2,3	100,0	-	-	-	0,02
Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime	2 212	8 188	0,52	77,3	14,5	6,5	75,1	18,3	3,8	2,8	0,82
Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime	1 382	18 129	1,15	84,1	15,4	8,7	16,8	61,5	21,5	0,2	2,04
Einrichtungen mit Schwerpunkt											
Verpflegung	20 634	68 973	4,38	59,9	16,8	6,9	99,3	0,2	0,5	0,0	7,75
Gast- und Speisewirtschaften	17 676	56 305	3,58	59,9	17,2	6,1	100,0	-	-	-	6,33
Cafes, Bars, Tanz- und Vergnügungs- lokale	1 716	7 953	0,51	58,9	14,4	6,3	100,0	-	-	-	0,89
Eisdielen, Trink- und Imbißhallen	639	2 252	0,14	53,2	9,9	25,9	100,0	-	-	-	0,25
Kantinen und Verpflegungs- einrichtungen	603	2 463	0,16	68,9	21,7	8,9	80,2	7,0	12,8	0,0	0,28
Medizinische Versorgung	14 734	119 264	7,57	74,2	12,8	6,7	43,9	11,7	41,2	3,2	13,41
Freiberufliches Gesundheitswesen (ohne Kliniken u. ä.)	12 233	39 024	2,48	70,5	17,8	0,6	100,0	-	-	-	4,39
Arztpraxis	6 760	24 053	1,53	73,1	20,0	0,6	100,0	-	-	-	2,70
Zahnarztpraxis	3 952	12 912	0,82	65,2	14,7	0,8	100,0	-	-	-	1,45
Heilkundigenpraxis und sonstiges freiberufliches Gesundheitswesen	1 521	2 059	0,13	73,3	10,8	0,1	100,0	-	-	-	0,23
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien und sonstige Einrich- tungen des Gesundheitswesens	1 859	77 928	4,95	77,4	10,1	9,8	15,7	17,9	61,4	5,0	8,76
darunter											
Hochschulkliniken	44	9 492	0,60	70,4	8,0	7,0	-	-	100,0	-	1,07
Veterinärwesen	642	2 312	0,15	28,8	23,0	1,9	46,0	-	54,0	-	0,26
darunter											
Freiberufliches Veterinärwesen	540	999	0,06	39,3	18,6	0,1	100,0	-	-	-	0,11
Schlachthöfe	90	1 249	0,08	19,6	27,3	3,0	-	-	100,0	-	0,14
Bildung, Weiterbildung und											
Erziehung	11 533	129 007	8,19	51,0	18,3	1,8	5,7	14,2	80,0	0,1	14,50
Wissenschaftliche Hochschulen	555	19 967	1,27	34,4	17,5	3,9	-	1,1	98,9	-	2,24
Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive	37	759	0,05	55,2	15,5	1,4	-	3,3	96,7	-	0,09
Sonstige wissenschaftliche Einrich- tungen u. selbst. Wissenschaftler	282	9 337	0,59	28,2	8,3	5,0	9,3	25,9	64,1	0,7	1,05
Allgemeinbildende Schulen	5 165	65 215	4,14	55,0	19,0	0,8	3,0	6,8	90,2	-	7,33
Berufsbildende Schulen	1 148	17 687	1,12	39,7	21,5	1,6	11,0	11,0	78,0	-	1,99
Sonst. Unterrichtsinst., Museen, Volkshochschulen und ähnliche Bildungsstätten	1 297	4 429	0,28	48,8	19,7	3,9	50,9	22,4	26,7	-	0,50
Erziehungsanstalten	51	1 163	0,07	54,9	6,5	3,4	8,3	71,7	20,0	-	0,13
Kindergärten und Horte	2 998	10 450	0,66	97,5	19,6	0,6	1,9	72,1	26,0	-	1,17
Freizeitgestaltung, Publizistik, Ausstellungs- und Messewesen	4 196	30 286	1,92	51,1	22,2	2,3	81,7	0,4	17,9	-	3,40
Theater und Opernhäuser	49	3 331	0,21	32,4	8,3	8,3	17,8	0,3	81,9	-	0,37
Orchester, Kapellen, Chöre, Ballette	81	601	0,04	12,8	11,1	6,0	75,9	1,5	22,6	-	0,07
Kleinkunsthöfen, Varietes	9	33	0,00	42,4	6,1	18,2	100,0	-	-	-	0,00
Filmtheater	450	2 941	0,19	56,8	42,0	2,6	100,0	-	-	-	0,33

noch Tabelle 5
Dienstleistungsstruktur 1970

Funktionsbezogene Gliederung der Dienstleistungseinrichtungen	Arbeitsstätten insgesamt	Beschäftigte		Darunter			Träger der Dienstleistungseinrichtung				Versorgungsgrad auf 1000 der Wohnbevölkerung
		insgesamt	in % der Landes-summe ¹⁾	weiblich	Teilbeschäftigte	Ausländer	Unternehmen	Organisat. ohne Erwerbscharakter	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
noch											
Freizeitgestaltung, Publizistik, Ausstellungs- und Messewesen											
Allgemeinbildende und unterhaltende											
Büchereien und Lesehallen	235	936	0,06	68,4	21,9	1,0	35,9	2,7	61,4	-	0,11
Filmherstellung und -vertrieb	61	295	0,02	46,8	16,6	2,7	100,0	-	-	-	0,03
Rundfunk- und Fernsehanstalten	40	946	0,06	29,1	2,5	0,3	100,0	-	-	-	0,11
Selbständige Künstler und Artisten	1 141	1 725	0,11	25,9	8,1	0,7	100,0	-	-	-	0,19
Sportanlagen und -einrichtungen	545	2 426	0,15	50,5	34,3	2,1	19,5	2,6	77,9	-	0,27
Verlags-Literatur- und Pressewesen (ohne Büchereien)	1 101	14 691	0,93	59,6	23,1	1,3	100,0	-	-	-	1,65
Wett- und Lotteriewesen	289	1 381	0,09	66,3	27,7	-	100,0	-	-	-	0,16
Spielbanken und -clubs	9	433	0,03	12,2	5,3	2,5	100,0	-	-	-	0,05
Betrieb von Spielautomaten	89	166	0,01	30,1	9,6	0,6	100,0	-	-	-	0,02
Ausstellungs-, Messe- u. Warenmarkts-einrichtungen	97	381	0,02	37,8	18,9	3,4	75,6	-	24,4	-	0,04
Freiberufliche Beratungen und Vermittlungen	19 909	86 842	5,52	40,4	13,9	1,6	100,0	-	-	-	9,76
Rechtsberatung	1 725	7 339	0,47	59,0	18,5	0,3	100,0	-	-	-	0,83
Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	3 517	15 518	0,99	52,5	17,2	0,4	100,0	-	-	-	1,74
Architektur- u. Ingenieurbüros, Laboratorien u. ä. Institute	7 631	34 438	2,19	29,5	10,8	2,2	100,0	-	-	-	3,87
Wirtschaftswerbung	2 000	6 497	0,41	39,9	14,1	1,2	100,0	-	-	-	0,73
Grundstücks- und Wohnungswesen	2 216	10 260	0,65	41,4	13,5	1,7	100,0	-	-	-	1,15
Vermögensverwaltung	336	2 466	0,16	40,1	12,3	0,9	100,0	-	-	-	0,28
Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe	34	103	0,01	46,6	17,5	1,0	100,0	-	-	-	0,01
Vermietung beweglicher Sachen	727	1 856	0,12	29,8	12,0	3,3	100,0	-	-	-	0,21
Bewachung, Aufbewahrung, Boten- u. ä. Dienste	185	1 936	0,12	7,9	22,1	0,6	100,0	-	-	-	0,22
Auskunft-, Schreib- u. Übersetzungsbüros	755	3 064	0,19	57,2	17,5	1,7	100,0	-	-	-	0,34
Private Stellenvermittlung, Ehevermittlung	74	543	0,03	68,5	30,2	4,2	100,0	-	-	-	0,06
Fotographisches Gewerbe	673	2 382	0,15	59,1	10,3	1,0	100,0	-	-	-	0,27
Abfüll- und Verpackungsgewerbe	36	440	0,03	69,1	25,0	17,5	100,0	-	-	-	0,05
Versorgung mit Hygiene	15 680	70 403	4,47	65,2	21,9	8,8	92,6	-	7,4	-	7,91
Wäscherei und Reinigung	5 218	18 772	1,19	77,7	21,9	8,8	100,0	-	-	-	2,11
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	8 509	31 180	1,98	69,1	9,1	1,9	100,0	-	-	-	3,51
Wannen- und Brausebäder (ohne medizinische Bäder)	59	226	0,01	70,8	38,5	1,3	48,7	-	51,3	-	0,03
Reinigung v. Gebäuden, Räumen u. Inventar (ohne Hausfassadenreinigung) einschl. Schornsteinfegergew.	1 052	13 767	0,87	65,8	56,3	22,7	100,0	-	-	-	1,55
Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung u. ä. hyg. Einrichtungen	476	4 918	0,31	5,1	5,5	12,5	18,9	-	81,1	-	0,55
Bestattungswesen	366	1 540	0,10	18,6	21,4	11,0	28,3	-	71,7	-	0,17
Allg. Verwaltungstätigkeit der öffentl. Hand und der Organisat. ohne Erwerbscharakter	13 791	205 996	13,08	32,2	14,9	1,1	-	13,4	86,6	-	23,16
Gebietskörperschaften	7 912	178 424	11,33	29,4	12,6	1,0	-	-	100,0	-	20,06
Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	4 230	16 096	1,02	45,0	39,4	0,7	-	100,0	-	-	1,81
Organisationen der freien Wohlfahrts-pflege	351	3 458	0,22	60,6	13,8	4,2	-	100,0	-	-	0,39
Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur	80	811	0,05	51,2	15,4	3,2	-	100,0	-	-	0,09
Organisationen der Sport- und Jugendpflege	186	1 000	0,06	45,4	20,6	3,8	-	100,0	-	-	0,11
Gewerkschaften	205	923	0,06	53,7	12,0	0,3	-	100,0	-	-	0,10
Arbeitgeberverbände	26	156	0,01	57,7	28,8	0,6	-	100,0	-	-	0,02
Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände	310	1 614	0,10	50,4	17,7	1,1	-	100,0	-	-	0,18
Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen	200	2 169	0,14	65,7	14,1	0,8	-	100,0	-	-	0,24
Politische Parteien und sonstige Organisat. ohne Erwerbscharakter	291	1 345	0,09	57,3	24,3	4,7	-	100,0	-	-	0,15

¹⁾ Beschäftigte der Wirtschaftsabteilungen 4 bis 9.

Veränderung der Versorgungsgrade 1970 gegenüber 1961
bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung



41 73

Unterhaltung, Freizeitgestaltung und Sport sowie Versorgung mit Hygiene zuordnen, da sich hier beide Zielrichtungen stark vermischen und etwa die Waage halten. Faßt man diese Institutionen zusammen, ergibt sich etwa ein Anteil der Beschäftigten von 14%.

Betrachtet man die Schwerpunkte des gesamten Dienstleistungsbereichs unabhängig von den eben skizzierten globalen Wirkungsrichtungen nur in der Rangfolge des Gewichts, so ergeben sich einige interessante Aspekte (s. *Tabelle 5*). Annähernd eine halbe Million Beschäftigte sind in Baden-Württemberg in Arbeitsstätten tätig, deren Tätigkeitsschwerpunkte bei der Verteilung von Waren liegen. Die allgemeine Verwaltungstätigkeit der öffentlichen Hand (Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter) markiert einen zweiten Schwerpunkt mit ca. 206 000 Arbeitskräften. Der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung übertrifft mit 184 000 (11,7%) noch die Bereiche Bildung, Weiterbildung und Erziehung mit 129 000 sowie Unterbringung und Verpflegung mit 123 000 Beschäftigten. Die medizinische Versorgung folgt erstaunlicherweise mit 119 000 Beschäftigten oder 7,6% erst an sechster Stelle.

Wie sich diese groben Dienstleistungstätigkeiten im Durchschnitt des Landes zusammensetzen, geht aus *Tabelle 5* hervor. Eine beschreibende Darlegung der einzelnen Strukturen ist daher im Rahmen dieser Arbeit nicht erforderlich. Hierauf wird in den folgenden Abschnitten nur insoweit näher eingegangen, als sich durch den Vergleich mit 1961 Strukturveränderungen abzeichnen.

Strukturveränderungen seit 1961

Die Versorgung der Bevölkerung Baden-Württembergs hat sich zwar im Zeitabschnitt 1961/1970, wie bereits eingangs gezeigt wurde, durch eine Verstärkung des Anteils des gesamten Dienstleistungsbereichs erheblich erhöht. Die Angebotsstruktur der Dienstleistungen hat jedoch beachtliche Verän-

derungen erfahren. Eine Bilanz der Zu- bzw. Abnahmen des Versorgungsgrades mit Dienstleistungen ergibt sich aus *Tabelle 4* und *Schaubild 2*. Stark erhöht hat sich die Versorgung mit Dienstleistungen im Bereich Bildung, Weiterbildung und Erziehung (+ 67,2%). Eine beachtliche Steigerung weist auch mit + 37,7% das Bankwesen auf, die um so schwerer wiegt, als diese Entwicklung von einer jedermann deutlich werdenden Rationalisierung und somit wahrscheinlich einer Produktivitätssteigerung je Arbeitskraft begleitet war. Auch die freiberuflichen Beratungen und Vermittlungen haben sich mit einer Zunahme um 33% im Rahmen des Dienstleistungsangebots auffallend nach vorne verschoben. Die Zuwachsrate der medizinischen Versorgung ist ebenfalls herausragend. Sie ist jedoch hinter dem Bereich Bildung, Weiterbildung und Erziehung deutlich zurückgeblieben.

Eine rückläufige Entwicklung des Versorgungsgrades zeigt sich im Beobachtungszeitraum beim Verkehrswesen und der Nachrichtübermittlung sowie der sehr heterogen zusammengefaßten Dienstleistungsgruppe Freizeitgestaltung, Publizistik, Ausstellungs- und Messewesen. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Bereich des Verkehrswesens und der Nachrichtenübermittlung erhebliche Produktivitätssteigerungen erzielt worden sind. Etwa gleichgeblieben bzw. unter Außerachtlassung der Produktivitätsentwicklung leicht rückläufig ist der Versorgungsgrad beim Handel und im Bereich Unterbringung und Verpflegung.

Diese globalen, durchschnittlichen Entwicklungstendenzen bedürfen einer differenzierteren Betrachtung, um nicht zu falschen Schlüssen zu gelangen. Zerlegt man den Komplex Bildung, Weiterbildung und Erziehung in die in Frage kommenden Gruppen und Einrichtungen, dann hebt sich die Entwicklung der wissenschaftlichen Hochschulen und der allgemeinbildenden Schulen deutlich ab. Absolut gesehen haben die allgemeinbildenden Schulen und prozentual die wissenschaftlichen Hochschulen den stärksten personellen Zuwachs dieser Gruppierung erfahren. Zusammen sind mehr als 40 000 Arbeitskräfte seit 1961 in diesem Bereich zusätzlich beschäftigt worden. Bezogen auf die in Frage kommenden Bevölkerungsgruppen ergeben sich recht unterschiedliche Veränderungen des Versorgungsgrades. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird noch einmal darauf hingewiesen, daß bei der in dieser Untersuchung verwendeten Definition des Versorgungsgrades aus Vergleichbarkeitsgründen mit anderen Dienstleistungsbereichen als Maßstab die in entsprechenden Institutionen beschäftigten Arbeitskräfte, bezogen auf die Wohnbevölkerung oder ausgewählte Bevölkerungsgruppen, herangezogen werden. Dies sagt natürlich nicht unbedingt auch über die Qualität bestimmter Dienstleistungen aus. So sind für die Qualität des Dienstleistungsangebots z. B. bei den wissenschaftlichen Hochschulen auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden räumlichen Studienplätze sowie die Qualität des Lehrpersonals und der Lehrmethode maßgebend. In der *Tabelle 6* wird für den Dienstleistungsbereich Bildung, Weiterbildung und Erziehung der spezielle Versorgungsgrad bestimmter Bevölkerungsgruppen für die Jahre 1961 und 1970 nachgewiesen. Aus der Veränderung dieses Wertes wird klar erkenntlich, welche Wirkungen die Bildungspolitik im Beobachtungszeitraum gewollt oder ungewollt gezeigt hat.

Betrachtet man die vier Schwerpunkte auf diesem Sektor, nämlich wissenschaftliche Hochschulen, allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen und Kindergärten, dann zeigt sich deutlich, daß die wissenschaftlichen Hochschulen mit 52,9% die stärkste Steigerung des Versorgungsgrades haben. Die berufsbildenden und die allgemeinbildenden Schulen bleiben mit + 40,3 und + 32,8% deutlich hinter der Zuwachsrate der wissenschaftlichen Hochschulen zurück. An letzter Stelle steht mit + 21,5% die Zunahme der Versorgung der kindergartenfähigen Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren. Das freiberufliche Beratungs- und Vermittlungswesen hat sich im vergangenen Jahrzehnt kräftig entwickelt. Der offensichtlich hohe Bedarf an Dienstleistungen dieser Art hat bewirkt,

Tabelle 6
Spezieller Versorgungsgrad bezogen auf die
jeweilige Bevölkerungsgruppe

Dienstleistungseinrichtungen bzw. -gruppen	Versorgungsgrad ¹⁾ je 10 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe		Veränderung %
	1961	1970	
Wissenschaftliche Hochschulen ²⁾ . . .	1 880,3	2 875,0	+ 52,9
Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive ²⁾	77,3	109,3	+ 41,4
Allgemeinbildende Schulen ³⁾	365,2	485,1	+ 32,8
Berufsbildende Schulen ⁴⁾	385,8	541,2	+ 40,3
Sonstige Unterrichtsanstalten, Museen, Volkshochschulen und ähnliche Bildungsstätten ⁵⁾	5,0	5,0	-
Erziehungsanstalten ⁶⁾	4,8	9,8	+ 104,2
Kindergärten und Horte ⁷⁾	184,1	223,6	+ 21,5

¹⁾ Versorgungsgrad = Beschäftigte in entsprechenden Dienstleistungseinrichtungen bezogen auf 10 000 der entsprechenden Bevölkerung. – ²⁾ Bezogen auf Studierende einschließlich ausländischer Studierender. – ³⁾ Bezogen auf Schüler an Allgemeinbildenden Schulen. – ⁴⁾ Bezogen auf Berufs-, Fach- und Höhere Fachschüler. – ⁵⁾ Bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung. – ⁶⁾ Bezogen auf die Altersstufe 6 bis unter 18 Jahren. – ⁷⁾ Bezogen auf die Altersstufe 3 bis unter 6 Jahre.

daß sich von 1961 bis 1970 der Versorgungsgrad um ein Drittel erhöht hat. An der Spitze der Zunahmen stehen in Baden-Württemberg die Architektur- und Ingenieurbüros und das Grundstücks- und Wohnungswesen, beides offensichtlich Folgeerscheinungen des ungebrochenen Baubooms und des zunehmenden Bedarfs an Bauland und Wohnungen. Ebenfalls zu erwähnen ist auch die wirtschaftliche Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung sowie die Wirtschaftswerbung, zwei Dienstleistungsgruppen, die in einer Zulieferfunktion, vor allem zum Produzierenden Gewerbe, stehen. Man kann hier sogar teilweise von ausgelagerten betrieblichen Funktionen sprechen. Die Rechtsberatung hat zwar ebenfalls nicht unerheblich zugenommen, konnte jedoch keine vergleichbare Steigerung des Versorgungsgrades erreichen. Sonderentwicklungen sind bei den Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros sowie den privaten Stellenvermittlungen und Ehevermittlungen eingetreten mit Beschäftigtenzunahmen um das Doppelte und das Dreifache.

Ein in der derzeitigen Diskussion besonders interessanter und im Mittelpunkt stehender Dienstleistungsbereich ist die medizinische Versorgung. Global betrachtet konnte bereits festgestellt werden, daß zwar eine beachtliche Steigerung des Strukturanteils und des Versorgungsgrades der Wohnbevölkerung erreicht werden konnte, daß sich die Position in der Rangfolge der 10 wichtigsten Dienstleistungsgruppen jedoch zu Gunsten des Sektors Bildung, Weiterbildung und Erziehung nach unten verschoben hat. An der Steigerung des Versorgungsgrades sind die Institutionen des freiberuflichen Gesundheitswesens, insbesondere die Arztpraxen, stärker beteiligt als die Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien und ähnliche Einrichtungen. Aber auch innerhalb des freiberuflich ambulant tätigen Gesundheitswesens (ohne Kliniken) war die Entwicklung bei Arztpraxen (+ 51% Beschäftigtenzunahme) und Zahnarztpraxen (+ 20%) auffallend unterschiedlich.

Das Potential an Arbeitskräften zur Erstellung der Dienstleistungen der öffentlichen Hand einschließlich der Organisationen ohne Erwerbscharakter ist mit einer Zunahme von mehr als 46 000 Beschäftigten (+ 29,2%) besonders stark angewachsen. Dies ist zum größten Teil auf die Zunahme des Personalbestandes der Gebietskörperschaften zurückzuführen. Absolut gesehen fällt auch noch die Zunahme der Beschäftigten im Bereich der christlichen Kirchen, Orden und anderen religiösen und weltanschaulichen Einrichtungen etwas ins Gewicht, wobei jedoch hier, bezogen auf die Wohnbevölkerung, ein Rückgang des Versorgungsgrades eingetreten ist.

Spezifische Tätigkeitsgebiete weiblicher Arbeitskräfte

Im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe scheint sich der Bereich der Dienstleistungen nach den bisher zu Grunde liegenden Gegebenheiten besser als Tätigkeitsgebiet weiblicher Arbeitskräfte zu eignen. Der Anteil der Frauenbeschäftigung ist im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen mit durchschnittlich 46,8% bedeutend höher als im Produzierenden Gewerbe (29,3%).

Innerhalb des Bereichs der Dienstleistungen zeichnen sich spezifische Tätigkeitsgebiete weiblicher Arbeitskräfte ab (s. Tabelle 5). Besondere Schwerpunkte liegen bei der medizinischen Versorgung mit einem Anteil von durchschnittlich 74,2%. Im einzelnen treten dabei die Arztpraxen sowie die Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien hervor. Als ein weiterer eindeutiger Schwerpunkt kann der Dienstleistungssektor Unterbringung und Verpflegung gelten. Insbesondere Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime sowie Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime weisen einen weit über dem Durchschnitt liegenden Anteil an weiblichen Beschäftigten auf. Dies gilt auch für Kantinen und Verpflegungseinrichtungen, aber auch mehr oder weniger für fast alle Einrichtungen mit Schwerpunkt Verpflegung, sowie z. B. Gast- und Speisewirtschaften, Cafés usw., bei denen durchschnittlich stark über die Hälfte des Personals weiblichen Geschlechts ist.

Bei den übrigen Dienstleistungssektoren zeigt sich kein so geschlossenes Bild. Aber auch hier grenzen sich besondere Tätigkeitsgebiete der berufstätigen Frau ab. Erwähnenswert ist vor allem der Einzelhandel mit der absolut höchsten Zahl an weiblichen Beschäftigten. Innerhalb des Sektors Bildung, Weiterbildung und Erziehung sind dies z. B. die Kindergärten und Horte mit über 97%, die wissenschaftlichen Bibliotheken und Archive (55%) sowie die allgemeinbildenden Schulen und die Erziehungsanstalten mit ebenfalls jeweils annähernd 55%. Auch noch erheblich über dem Durchschnitt liegen die Anteile der weiblichen tätigen Personen bei den Einrichtungen, die der Versorgung mit Hygiene und der Reinigung dienen, z. B. Wäscherei und Reinigung (77,7%), Wannen- und Brausebäder (70,8%), Friseure (69,1%), Gebäudereinigung (65,8%). Als weitere spezifische Tätigkeitsgebiete zeichnen sich noch folgende Dienstleistungszweige ab, die hier als Beispiele herausgegriffen werden: Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien und Lesehallen, Wett- und Lotteriewesen, Verlags-, Literatur- und Pressewesen, private Stellenvermittlungen, Ehevermittlungen, Fotografisches Gewerbe, Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen. Inwieweit auf diesen Gebieten von Frauen auch überwiegend leitende Positionen bekleidet werden, kann im Rahmen dieser Untersuchung natürlich nicht analysiert werden, obwohl es sich zweifellos um eine aktuelle Frage handelt.

Spezifische Tätigkeitsgebiete ausländischer Arbeitskräfte und Teilbeschäftigter

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hat in den letzten Jahren in allen Wirtschaftsbereichen stark zugenommen. In dem von uns abgesteckten Beobachtungszeitraum 1961 bis 1970 ist nach den Unterlagen der Arbeitsmarktstatistik die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von rund 133 000 auf etwa 510 000 rapide angestiegen. Dies bedeutet, daß sich die Ausländerquote (bezogen auf die Arbeitnehmer insgesamt) von 1961 bis 1970 von 4,5% auf 14,6%, also mehr als verdreifacht hat.

Im Rahmen dieser Untersuchung ist es vor allem interessant festzustellen, in welche Wirtschaftsbereiche diese enormen Arbeitskräftezugänge vornehmlich geflossen sind und ob sich für den Dienstleistungsbereich im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe eine Veränderung des Ausländeranteils oder der Ausländerquote ergeben hat. Die Tabellen 7 und 8 geben

Tabelle 7
Ausländische Arbeitnehmer

Wirtschaftsbereiche	Ausländische Arbeitnehmer ¹⁾				Veränderung	
	1961		1970			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- und Forstwirtschaft	1 359	1,0	4 449	0,9	3 090	+227,4
Produzierendes Gewerbe	117 281	88,2	439 758	86,2	322 477	+275,0
Handel und Verkehr	6 561	4,9	24 838	4,9	18 277	+278,6
Sonstige Dienstleistungen	7 758	5,9	40 960	8,0	33 202	+428,0
Zusammen	132 959	100	510 005	100	377 046	+283,6

¹⁾ Quelle: Arbeitsmarktstatistik; ohne häusliche Dienste.

darüber Auskunft. *Tabelle 7* weist aus, daß zwar absolut gesehen das Gros der Zuwanderung an ausländischen Arbeitskräften – das sind mehr als 300 000 – in den Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe eingegliedert wurde. Es wird jedoch auch deutlich, daß rund 50 000 Ausländer zum Arbeitskräftepotential des Dienstleistungsbereichs hinzugekommen sind und die relative Zunahme dieses Sektors wesentlich über dem Produzierenden Gewerbe liegt.

Im folgenden sollen die Schwerpunkte des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte näher untersucht werden. Nach den von uns für den gesamten Dienstleistungsbereich zusammengestellten Ergebnissen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 zeigen sich besonders hohe Ausländeranteile für die folgenden in der Rangfolge genannten Dienstleistungsgruppen. Dabei sind die Anteile jeweils auf die Gesamtbeschäftigten der jeweiligen Dienstleistungsgruppen bezogen (*s. auch Tabelle 5*).

Rang- folge	Dienstleistungsgruppe	Ausländer in %
1.	Eisdielen, Trink- und Imbißhallen	25,9
2.	Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar	22,7
3.	Kleinkunsthöhlen, Varietés	18,2
4.	Abfüll- und Verpackungsgewerbe	17,5
5.	Hotels und Gasthöfe	14,9
6.	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und Hygieneeinrichtungen	12,5
7.	Bestattungswesen	11,0
8.	Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien	9,8
9.	Kantinen- und Verpflegungseinrichtungen	8,9
10.	Wäscherei und Reinigung	8,8

Die aufgeführten Beispiele machen unserer Ansicht nach deutlich, daß mehrere Gründe für die Herausbildung spezifischer Tätigkeitsgebiete ausländischer Arbeitskräfte genannt werden müssen. Es fällt auf, daß in vielen Wirtschaftszweigen (*s. Tabelle 5*) sowohl der Ausländeranteil als auch der Anteil der Teilbeschäftigten besonders hoch sind. Hieraus kann geschlossen werden, daß in einigen expandierenden Dienstleistungsgruppen versucht wird, den Arbeitskräftebedarf sowohl über

Tabelle 8
Ausländerquoten 1961

Wirtschaftsbereiche	Ausländerquoten ¹⁾		Ver- änderung
	1961	1970	
	%		
Land- und Forstwirtschaft	2,52	10,10	+ 300,8
Produzierendes Gewerbe	6,08	20,69	+ 240,3
Handel und Verkehr	1,59	5,15	+ 223,9
Sonstige Dienstleistungen	1,31	4,86	+ 271,0
Zusammen	4,45	14,60	+ 228,1

¹⁾ Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an den Arbeitnehmern insgesamt. Quelle: Arbeitsmarktstatistik (Landesarbeitsamt) und Volkszählungen 1961 und 1970.

den Einsatz von Teilbeschäftigten als auch mittels Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zu decken. Dazu ist jedoch die spezifische Eignung zum Einsatz beider Beschäftigtengruppen Voraussetzung. Dies trifft z. B. bei der Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar und in gewissem Umfang ebenfalls bei Kantinen und Verpflegungseinrichtungen und den Wäschereien und Reinigungen zu. Offensichtlich nicht in dem Umfang möglich ist der Einsatz beider Beschäftigtenkategorien in Dienstleistungssektoren, bei denen eine kontinuierliche Dienstleistungsbereitschaft seitens des Personals verlangt wird. Dies ist z. B. bei Hotels und Gasthöfen und mit Einschränkungen auch bei Krankenhäusern, Kliniken u. ä. der Fall. Hier finden wir zwar hohe Ausländeranteile, jedoch relativ geringere Teilbeschäftigtenquoten.

Spezielle Tätigkeitsgebiete ausländischer Arbeitskräfte ergeben sich zahlenmäßig jedoch auch dort, wo Arbeitskräftemangel auf dem Arbeitsmarkt dadurch entsteht, daß sich im Zuge des ansteigenden Lebensstandards für gewisse Tätigkeiten keine ausreichende Zahl einheimischer Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. Als Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Straßenreinigung, die Müllabfuhr, die Reinigung von Gebäuden sowie das Bestattungswesen zu nennen.

Der Einsatz von Teilbeschäftigten im Bereich der Dienstleistungen muß ebenfalls unter mehreren Gesichtspunkten gesehen werden. Eine Betrachtung derjenigen Dienstleistungsgruppen mit den höchsten Teilbeschäftigtenquoten zeigt, daß dieses arbeitsmarktpolitisch bedeutsame Phänomen genau so wie die Ausländerbeschäftigung von der „Einsatzbeziehung“ abhängig ist, nur sind die Gründe für die Teilzeitbeschäftigung in vielen Zweigen des Dienstleistungssektors andere und besonders vielschichtig. Neben dem Arbeitskräftemangel kommt hier als weiteres Moment hinzu, daß bei einigen Dienstleistungszweigen aus Kostengründen eine Vollbeschäftigung unrentabel ist, z. B. bei Einrichtungen, die nur zu gewissen Zeiten benützt werden, wie etwa bestimmte Sportanlagen oder Filmtheater. Dasselbe gilt für das Wett- und Lotteriewesen. Folgende Dienstleistungsgruppen weisen aus den genannten Gründen besonders hohe Teilbeschäftigtenquoten auf:

Rang- folge	Dienstleistungsgruppe	Teilbeschäftigte in %
1.	Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar	56,3
2.	Filmtheater	42,0
3.	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	39,4
4.	Wannen- und Brausebäder	38,5
5.	Sportanlagen und Einrichtungen	34,3
6.	Campingplätze	32,9
7.	Private Stellenvermittlungen, Ehevermittlungen	30,2
8.	Arbeitgeberverbände	28,8
9.	Wett- und Lotteriewesen	27,7

Direkte und indirekte Dienstleistungstätigkeit der öffentlichen Hand

Grundsätzlich kann von folgenden Formen der direkten und indirekten Einflußnahme auf das Dienstleistungsangebot seitens der Gebietskörperschaften ausgegangen werden⁵:

1. Allgemeine Verwaltungstätigkeit.
2. Gebietskörperschaften als wirtschaftliche Träger von rechtlich und ökonomisch unselbständigen Anstalten und Einrichtungen, z. B. Schulen, Hochschulen, Kindergärten, Heime.
3. Sondervermögen der Gebietskörperschaften mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, jedoch mit Einschränkungen administrativ und ökonomisch selbständig (zum Teil der direkten Staatsaufsicht durch das zuständige Ressort unterstehend). Ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind z. B. Regiebetriebe, Bundesbahn und Bundespost. Über einen eigenen Rechtsstatus verfügen z. B. die Stadtparkassen.

⁵ Grob geordnet nach der Stärke der Einflußnahme, ausgehend von dem Grad der rechtlichen, administrativen und ökonomischen Selbständigkeit der tätigen Institutionen.

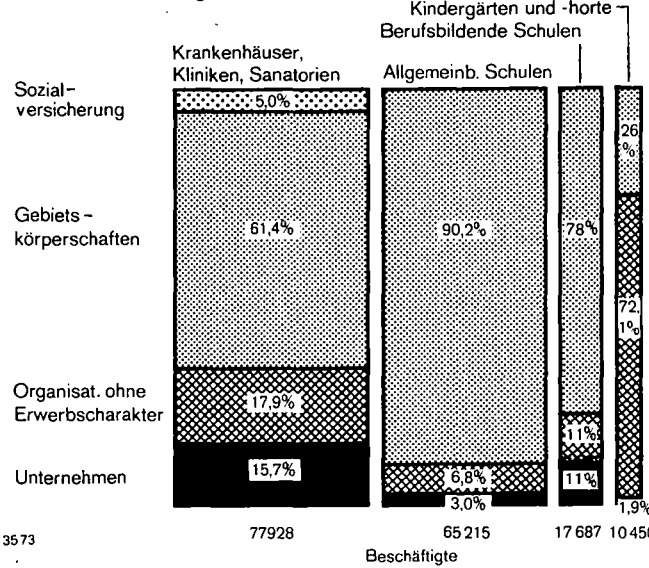
4. Gebietskörperschaften als wirtschaftliche Träger von rechtlich und zum Teil ökonomisch selbständigen Anstalten – sogenannten Anstalten des öffentlichen Rechts, die der Staatsaufsicht unterstehen, z. B. Rundfunk- und Fernsehanstalten.
5. Spezielle Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie administrativer und zum Teil ökonomischer Selbständigkeit. Sie nehmen neben den allgemein verwaltenden Tätigkeiten der Gebietskörperschaften bestimmte gesetzlich festgelegte Sonderaufgaben wahr, z. B. öffentliche Sparkassen, Bundesbank, Landesbanken, Ortskrankenkassen.
6. Kapitalbeteiligungen der Gebietskörperschaften an privatrechtlichen Unternehmensformen, insbesondere an Kapitalgesellschaften.

Im Gegensatz zu den direkten Dienstleistungen (Fälle 1 und 2 der Aufzählung) ist ein Gesamtüberblick über die indirekte Dienstleistungstätigkeit der öffentlichen Hand, insbesondere der Gebietskörperschaften, empirisch nur sehr schwer nachzuweisen. Die den wichtigsten amtlichen Statistiken und damit auch der Arbeitsstättenzählung zugrunde liegende Grundsystematik der Wirtschaftszweige weist alle Institutionen, für die nicht die Definitionen entsprechend 1 und 2 der oben genannten Aufzählung gelten, im unternehmenswirtschaftlichen Bereich der Grundsystematik, also in den Wirtschaftsabteilungen 0 bis 7 nach. Im Rahmen dieser Untersuchung über Struktur und Entwicklung des Dienstleistungsbereichs kann daher an Hand des zur Verfügung stehenden Datenmaterials (s. *Tabelle 5*) in ausführlicher Form nur auf die beiden erstgenannten Formen eingegangen werden, die jedoch für eine Gesamtdarstellung des Dienstleistungsangebots von entscheidendem Gewicht sind. Man denke hier nur an die staatliche „Erstellung“ von Dienstleistungen auf den drei großen Gebieten, nämlich dem Bildungssektor, dem Gebiet der medizinischen Versorgung und dem Versicherungswesen (Sozialversicherung), die größtenteils über die Schaffung und den Ausbau von speziellen Anstalten und Einrichtungen, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Kliniken usw., erfolgen. Die staatliche Einflußnahme in Form eines Sondervermögens des Bundes ohne eigenen Rechtsstatus auf das Dienstleistungsangebot tritt bei der Bundesbahn und Bundespost auf dem Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf. Wie *Tabelle 5* zeigt, fallen, gemessen an den Beschäftigten, rund 65% der gesamten Gruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf die Bundesbahn und Bundespost. Diese Institutionen werden allerdings in der Grundsystematik der Wirtschaftszweige aus statistischen Gründen im Unternehmensbereich und daher in unserer *Tabelle 5* in Spalte 7 nachgewiesen. Dasselbe gilt auch für die Deutsche Bundesbank, deren gesamtwirtschaftlich bedeutungsvolle Steuerungsfunktion im Rahmen

Tabelle 9
Wichtige Dienstleistungsgruppen nach dem Träger der tätig werdenden Anstalten

Ausgewählte wichtige Dienstleistungsgruppen	Davon in Einrichtungen mit Träger				
	Be- schäf- tigte ins- gesamt	Unter- nehmen	Organi- sation ohne Er- werbs- charak- ter	Gebiets- körpers- schaf- ten	So- zial- ver- sich.
	Anzahl	%			
Kinder-, Ledigen-, Alters- u. ä. Heime	18 129	16,8	61,5	21,5	0,2
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien	77 928	15,7	17,9	61,4	5,0
Allgemeinbildende Schulen	65 215	3,0	6,8	90,2	—
Berufsbildende Schulen	17 687	11,0	11,0	78,0	—
Kindergärten und -horte	10 450	1,9	72,1	26,0	—
Theater und Opernhäuser	3 331	17,8	0,3	81,9	—
Sportanlagen und -einrich- tungen	2 426	19,5	2,6	77,9	—

Schaubild 3
Wichtige Dienstleistungen nach dem Träger der Einrichtungen und dem Beschäftigtenanteil



des Bankwesens als juristische Person des öffentlichen Rechts völlig anders zu beurteilen ist als die Tätigkeit von Bundesbahn und Bundespost, die im Angebot bestimmter Dienstleistungen in gewisser Beziehung eine Monopolstellung haben. Wenden wir uns nun denjenigen Dienstleistungsgruppen zu, bei denen die Gebietskörperschaften oder die Organisationen ohne Erwerbscharakter über speziell ausgerichtete Anstalten und Einrichtungen gemäß den unter zwei erwähnten Formen besonders stark in Aktion treten. Das ist zunächst einmal der Sektor Bildung, Weiterbildung und Erziehung, bei dessen Anstalten sich die Gebietskörperschaften zu etwa 80% und die Organisationen ohne Erwerbscharakter zu rund 14% als Träger ausweisen. Fast ausschließlich von Gebietskörperschaften getragen werden die wissenschaftlichen Hochschulen. Insoweit kann hier ebenfalls von einem Bildungsmonopol des Staates auf dem Gebiet der Vermittlung von Hochschulwissen gesprochen werden. Dasselbe gilt für die stark damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Bibliotheken und Archive. Bei den allgemeinbildenden Schulen beträgt der Anteil der Gebietskörperschaften ebenfalls noch über 90%. Bei dieser Schularbeit jedoch auch die Organisationen ohne Erwerbscharakter mit fast 7% und der unternehmenswirtschaftliche Bereich mit 3% beteiligt. Bei den berufsbildenden Schulen ist der Anteil der Gebietskörperschaften als wirtschaftlicher Träger erheblich geringer und liegt bei 78%. Jeweils 11% entfallen auf die Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privatwirtschaftlichen Sektor. In den übrigen Bereichen des Bildungs-, Weiterbildungs- und Erziehungssektors treten die Gebietskörperschaften erheblich weniger in den Vordergrund. Dies gilt vor allem für die Kindergärten und Horte und auch für die Erziehungsanstalten, wo die Anteile jeweils nur 26% bzw. 20% betragen. Auf diesen Gebieten sind in Baden Württemberg vor allem die Organisationen ohne Erwerbscharakter, insbesondere die kirchlichen Organisationen und die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, stark engagiert. Überraschend gering ist der Anteil der privaten Kindergärten und Horte mit nicht ganz 2%. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt der Organisationen ohne Erwerbscharakter ist die Unterhaltung von Heimen aller Art unter sozialfürsorglichen Gesichtspunkten. Der Anteil der Organisationen ohne Erwerbscharakter bei Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnlichen Heimen wird in *Tabelle 5* mit 61,5% bei einem Anteil der Gebietskörperschaften von 21,5% und des privatwirtschaftlichen Bereichs von 16,8% ausgewiesen.

Gliedert man die medizinische Versorgung der Bevölkerung ebenfalls nach dem Träger der unter diese Gruppierung fallenden Dienstleistungseinrichtungen auf, dann tritt sehr deutlich hervor, daß das privatwirtschaftlich getragene Gesundheitswesen mit annähernd 44% etwas stärker vertreten ist als das staatliche (Gebietskörperschaften ohne Organisationen ohne Erwerbscharakter) mit etwas mehr als 41%. Es ist jedoch zu beachten, daß diese durchschnittlichen Prozentanteile aus den vom Versorgungscharakter her unterschiedlichen Gruppen – einmal des freiberuflichen Gesundheitswesens und zum anderen der Krankenhäuser, Kliniken usw. – gebildet werden. Sicherlich gibt es hier beachtliche Produktivitäts- und Wirkungsunterschiede je Arbeitskraft, die einer statistischen Messung wohl kaum zugänglich sind.

Von den übrigen Dienstleistungsgebieten treten die Gebietskörperschaften vor allem in Form von Einrichtungen, die der Versorgung mit Hygiene dienen, hervor, so vor allem bei der

Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und ähnlichen hygienischen Einrichtungen. Besonders erwähnenswert sind auch die Schwerpunkte öffentlicher Tätigkeit durch Bereitstellung und Unterhaltung kultureller Einrichtungen, wie Theater, Opernhäuser (Personalanteil der Gebietskörperschaften annähernd 82%) sowie allgemeinbildender und unterhaltender Büchereien und Lesehallen (61%). Bei Sportanlagen und -einrichtungen erweist sich der Anteil der Gebietskörperschaften mit etwa 80% ebenfalls als beachtlich hoch. Da viele dieser Anlagen personalmäßig nur zu bestimmten Zeiten besetzt sind, ist eine vollständige Erfassung im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1970 nicht unbedingt gewährleistet. Einen Sonderstatus nehmen auf diesem Sektor die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ein, die jedoch rechtlich und ökonomisch selbständig sind und lediglich der Staatsaufsicht unterliegen.

Dr. Rolf Hirsch/Dipl.-Volkswirt Doris Meyer-Haitz

Die Entwicklung der Industrie 1972/73

Verhaltene industrielle Belebung

Nach der Konjunkturabkühlung im Jahre 1971 begannen sich im Verlauf des Jahres 1972 wieder zögernd expansive Kräfte bemerkbar zu machen. Neben der Lockerung des geld- und kreditpolitischen Kurses wirkten sich eine Reihe von anderen Faktoren konjunkturanregend aus. Dazu zählte die vor allem wegen der laufend steigenden Preise vorgezogene starke Nachfrage der privaten Haushalte nach Verbrauchsgütern, die in erster Linie durch einen relativ kräftigen Anstieg der Lohn- und Gehaltseinkommen angeregt wurde und durch die Nachzahlungen nach Beendigung des Streiks, durch finanzielle Besserstellung der Rentner sowie durch die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags einige Impulse erhielt. Konjunkturstützend hat sich ferner die durch die Furcht vor der Geldentwertung angeheizte Tätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus ausgewirkt, die auch auf die Nachfrage und Produktion in anderen Wirtschaftsbereichen ausstrahlte. Außerdem begann sich der durch die handels- und devisa-politische Unsicherheit auf dem Weltmarkt gebremste Export nach dem Realignment von Dezember 1971, mit welchem auch die zusätzlichen Importerschwerungen in die Vereinigten Staaten von Amerika fielen, stärker zu beleben. Der während der handels- und devisa-politischen Unsicherheit auf dem Weltmarkt entstandene Nachholbedarf und die Festigung der Konjunktur in unseren Nachbarländern brachten unserer Wirtschaft eine Exportausweitung, bei welcher den verteuerten deutschen Erzeugnissen die anhaltenden Preissteigerungen im Ausland entgegenkamen.

Trotzdem war die industrielle Entwicklung, in welcher sich eine zunehmende Investitionsneigung kaum bemerkbar machte, im Jahresdurchschnitt bescheiden. Abgesehen von den Beschäftigtenzahlen und den geleisteten Arbeiterstunden wiesen in der Bundesrepublik Deutschland zwar sämtliche Wirtschaftsindikatoren eine steigende Tendenz oder stärkere Zuwachsraten auf als im Vorjahr. Die Produktion stieg um 3,0%, der Auftragseingang um 8,1% und der Umsatz um 5,7%. Berücksichtigt man jedoch die außerkonjunkturellen Einflüsse wie den Nachholeffekt nach dem Metallarbeiterstreik und nach dem Realignment sowie den durchschnittlichen Anstieg der industriellen Erzeugerpreise um 2,9%, so kann 1972 nur von einer sehr zögernden Konjunkturbelebung gesprochen werden. Die stärkeren Wachstumsraten im letzten Vierteljahr schienen dann eine kräftigere Aufwärtsentwicklung anzudeuten. Sie waren jedoch durch den streik- und floating-

bedingten Tiefstand im Vorjahresvergleichszeitraum stark überzeichnet und erscheinen deshalb sehr fiktiv. Gemessen an der Produktion lag der Aufschwung der Bundesrepublik 1972 unter dem Durchschnitt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (+ 5,1%), in welcher nur Italien (+ 2,7%) eine noch geringere Produktionszuwachsrate aufzuweisen hatte.

Die Entwicklung der baden-württembergischen Industrie zeigte ein günstigeres Bild als der Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeiterstunden sank weniger und die Zuwachsraten bei der Produktion (+ 6,2%), dem Auftragseingang (+ 9,2%) und beim Umsatz (+ 7,5%) waren höher. Diese stärkeren Wachstumsraten hingen nicht nur damit zusammen, daß in dem vom Metallarbeiterstreik am stärksten betroffenen Baden-Württemberg die Vergleichsbasis des Vorjahres noch tiefer lag als im übrigen Bundesgebiet, denn die baden-württembergische Industrie hatte neben höheren Zuwachsraten auch absolut mit einer Indexziffer von 173,1 ein besseres Produktionsergebnis erzielt als im Bundesdurchschnitt (163,0) erreicht wurde. Beim Auftragseingang ergab sich in Baden-Württemberg eine Indexziffer von 115,0 (1970 = 100) gegenüber 105,1 im Bundesdurchschnitt.

Günstige Stellung im Ländervergleich

Die gegenüber dem Bundesdurchschnitt und den meisten Bundesländern schwächere Entwicklung in den Jahren 1970 und 1971 hat sich nicht fortgesetzt. Soweit der Trend allgemein rückläufig war, wie bei den Beschäftigtenzahlen und geleisteten Arbeiterstunden, lagen die Abnahmen unserer Industrie unter dem Bundesdurchschnitt, bei den Indikatoren mit ansteigender Tendenz, wie ausbezahlte Löhne und Gehälter, Produktion, Auftragseingang und Umsatz lagen sie darüber. Unter den Bundesländern hatte Baden-Württemberg den geringsten Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden und die höchste Steigerung bei den ausbezahlten Löhnen und Gehältern zu verzeichnen. Ferner hatte unsere Industrie nach Rheinland-Pfalz, Bayern, dem Saarland und Schleswig-Holstein den geringsten Rückgang der Beschäftigtenzahl sowie nach Rheinland-Pfalz, Bremen und Bayern die höchste Umsatzzuwachsrate. Auch die niedere Arbeitslosenquote von 0,4% Ende 1972, die in keinem anderen Bundesland unterboten wurde, zeigte die relativ günstige wirtschaftliche Situation Baden-Württembergs.